

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 92 (2017)
Heft: 11: Neubau

Artikel: Neuer Irrsinn der Vermieter- und Immobilienlobby
Autor: Badran, Jacqueline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737510>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neuer Irrsinn der Vermieter- und Immobilienlobby

Von Jacqueline Badran

Es ist Lohnherbst, in dem die Gewerkschaften traditionell ihre Lohnforderungen auf den Tisch legen. Gleichzeitig ist Prämienherbst, in dem – auch dies unterdessen traditionell und gewohnheitsmässig – die Krankenkassen-Prämien erhöhungen bekanntgegeben werden. Bemerkenswert daran: Die Prämien erhöhungen fressen in der Regel jeglichen Lohnfortschritt auf. Die Prämien und die Lohnforderungen dominieren in der Regel denn auch die medialen Schlagzeilen.

Und so kann es passieren, dass der Irrsinn der Vermieter- und Immobilienlobby unbemerkt an uns vorbeizieht. Und dies auf allen drei Staatsebenen. In Bundesbern hat die Vermieterlobby zum Grossangriff auf das Mietrecht geblasen. Gleich mit drei parlamentarischen Initiativen – konzertiert je einer von SVP, FDP und CVP – greift sie die Kostenmiete in unserem Mietrecht an. Mieten sollen aufgrund der sogenannten Orts- und Quartierüblichkeit – ein systemfremdes Marktelement in unserem Mietrecht – besser erhöht werden können. Und die Festlegung der Grenze, ab wann man von einer verbotenen «übermässigen Rendite» redet, soll dramatisch erhöht werden.

Irrsinnig ist das. Wir bezahlen jetzt schon 40 Prozent zu viel Miete! Wie bereits an dieser Stelle berichtet, zeigt dies eine kürzlich erschienene Studie der Raiffeisenbank. Eine zusätzliche Aufweichung des Mietrechts würde nochmals zu einem massiven Mietpreisschub führen und die jetzt schon unverschämten Renditen der Vermieter nochmals erhöhen. Komplette leistungsfrei. Das gleicht einem volkswirtschaftlichen Tsunami. Jetzt schon fehlen den Mieterinnen und Mietern 15 Milliarden Franken in der Ta-

sche. Jährlich. Dieses Geld fehlt dem Konsum und damit dem Gewerbe. Zudem setzen höhere Mieten unsere Unternehmen unter verschärften Lohndruck, was nicht grad förderlich für deren Wettbewerbsfähigkeit ist.

Der Irrsinn dabei ist, dass Mieten und Krankenkassenprämien stetig steigen, wohingegen die Löhne einigermassen



Bild: zVg.

Nationalrätin Jacqueline Badran schreibt in *Wohnen* zweimonatlich über ein aktuelles politisches Thema.
www.badran.ch

stagnieren, besonders im Mittelstand. Das ist nicht nur ungerecht, sondern volkswirtschaftlich fatal.

Im Kanton Zürich setzt sich der Irrsinn fort. Dort haben die Mitte-rechts-Parteien der Immobilienlobby auch ein grosses Geschenk gemacht. Neu sollen Verluste der Immobilien-Aktiengesellschaften mit der Grundstückgewinnsteuer verrechnet werden können. Der Irrsinn daran ist, dass man Verluste nicht real, sondern allein buchhalterisch machen kann. Zum Beispiel mit internen Verrechnungen zwischen Tochtergesellschaften; man lässt einfach in derjenigen Subaktienge-

sellschaft (buchhalterische) Verluste schreiben, wo die Grundstückgewinnsteuer anfällt. Der Kantonsrat hat das so entschieden. Nutzniesser: Immobilienfirmen, die Wohneigentum bereitstellen und verkaufen. Herr und Frau Müller haben nichts davon. Die grossen Verlierer sind die Steuerzahlenden in den Gemeinden, denn diese verlieren jährlich rund hundert Millionen Franken Steuereinnahmen. Man fragt sich schon, was Politiker antreibt, etwas zu tun, das der breiten Bevölkerung schadet und nur wenigen Immobilienkonzernen etwas nützt.

Auf kommunaler Ebene, konkret in der Stadt Zürich, bläst die FDP pünktlich zu den Wahlen zum Angriff auf die Wohnbaugenossenschaften. Diese seien subventioniert, und die falschen Leute würden in ihren Wohnungen leben. Was genau die FDP geritten hat, wissen die Götter. Schliesslich wird der gemeinnützige Wohnungsbau in Zürich regelmässig von 75 bis 80 Prozent der Bevölkerung in Volksabstimmungen unterstützt.

Wir haben einen heissen Lohn- und Wohnherbst vor uns – heimlich und still an den Medien vorbei. An Ihnen, liebe Lesende, auch. Weil Sie geschützt sind. Weil Sie das Privileg haben, in einer Genossenschaft zu wohnen. Und genau deshalb braucht es mehr davon. Dann müssten wir uns nicht mehr gegen diesen ganzen Irrsinn wehren.

Und übrigens: Möchten Sie wissen, warum Baugenossenschaften weder direkt noch indirekt subventioniert sind? Dann schauen Sie sich den Beitrag zu Wohnbaugenossenschaften der «Rundschau» vom 11. Oktober 2017 auf dem Internet von SRF an. Ich verspreche Ihnen, es lohnt sich. ■